

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE -Der Landrat-



im KTB angenommen am:

Datum:	04.08.2025
Einreichende Fraktion:	BSW
Status:	öffentlich
Aufgabenbereich	
☒ eigener Wirkungskreis ☐ übertragener Wirkungskreis	
Beschluss-Nr.:	

Betreff: Ergänzende, unabhängige Aufklärung bei Werbemaßnahmen der Bundeswehr im Kreisgebiet

Beratungsfolge:	Sitzung am:	Abstimmungsergebnis:				Bemerkungen:
		Für	Geg	Ent	Bef	
Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit und Integration	09.09.2025					
Jugendhilfeausschuss	11.09.2025					
Kreisausschuss	23.09.2025					
Kreistag	06.10.2025					

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte möge beschließen:

1. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte setzt sich dafür ein, dass bei allen Werbeauftritten der Bundeswehr im Kreisgebiet – insbesondere an Schulen, auf Messen, Stadtfesten, öffentlichen Veranstaltungen oder in Kooperation mit kommunalen Einrichtungen – eine ergänzende, unabhängige Aufklärung über die möglichen gesundheitlichen, psychischen und sozialen Langzeitfolgen des Soldatenberufs gewährleistet wird.
2. Diese ergänzende Aufklärung erfolgt durch externe, von der Bundeswehr unabhängige Fachpersonen (z. B. ehemalige Soldaten mit Einsatzfolgeschäden, Vertreter von Veteranenorganisationen, Ärzte für Einsatztraumata oder unabhängige Sozialarbeiter), die neutral und sachlich über dienstspezifische Belastungen informieren.
3. Der Landrat wird beauftragt, sich gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie gegenüber den Veranstaltern vor Ort für die Umsetzung dieser Forderung einzusetzen. Der Landkreis wird keine Veranstaltungen mehr unterstützen oder genehmigen, bei denen die Bundeswehr Werbung betreibt, ohne dass eine ergänzende kritische Aufklärung sichergestellt ist.

Begründung:

Die Bundeswehr wirbt seit Jahren intensiv um Nachwuchs, sowohl im schulischen Kontext als auch auf Ausbildungsmessen, in Jobcentern, bei Stadtfesten, Sportveranstaltungen oder durch mobile Werbeformate. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene sind dort Zielgruppe und besonders beeinflussbar.

In vielen Fällen präsentiert sich die Bundeswehr als moderner, technologischer Arbeitgeber mit sicheren Karrierechancen. Dabei werden jedoch zentrale Aspekte des Soldatenberufs, wie Auslandseinsätze mit psychischen Traumafolgen (z. B. PTBS), körperliche Versehrtheit, die oft mangelnde Versorgung geschädigter Soldaten nach der Dienstzeit sowie familiäre Belastungen ausgeblendet oder verharmlost.

Zudem ist zu beobachten, dass sich die Werbeinhalte der Bundeswehr in den letzten Monaten zunehmend an **emotional aufgeladene Bedrohungsszenarien** anlehnen. Begriffe wie „Zeitenwende“, „Kriegstüchtigkeit“ oder „Verteidigungsfall“ werden politisch aufgeladen und auch in den öffentlichen Auftritten der Bundeswehr, etwa in Schulen oder bei Veranstaltungen zunehmend reproduziert. **Dabei werden nicht selten Feindbilder gezeichnet, deren reale Bedrohungslage weder gesichert noch differenziert eingeordnet ist.**

Gerade an Schulen, aber auch auf öffentlichen Veranstaltungen, entsteht so das Bild eines notwendigen, beinahe selbstverständlichen Kriegseintritts Deutschlands, ohne Raum für pazifistische, diplomatische oder völkerrechtlich fundierte Alternativen. Dies ist aus unserer Sicht nicht nur bildungspolitisch problematisch, sondern auch gesellschaftlich gefährlich. Diese Form der Werbung erfüllt aus meiner Sicht den Tatbestand der **irreführenden Werbung** nach §5 UWG. Werbung, die wesentliche Informationen über gesundheitliche

Risiken, Belastungen und reale Auslandseinsätze verschweigt oder verharmlost, ist insbesondere bei Jugendlichen ethisch nicht vertretbar.

Ziel dieses Antrags ist es **nicht**, Werbung zu verbieten, sondern sie durch faktenbasierte, realistische Informationen zu **ergänzen**. Nur so kann sich ein junger Mensch ein eigenes, reflektiertes Bild machen, frei von propagandistischen Elementen oder strategisch erzeugten Angstscenarien.

Die Maßnahme dient der Förderung von Transparenz, Mündigkeit und demokratischer Aufklärung im öffentlichen Raum und sollte in einem demokratischen Gemeinwesen selbstverständlich sein.

gez.

Andreas Lienke

Fraktionsmitglied BSW

Finanzielle Auswirkungen: keine